



Armut und Wirtschaft in Deutschland:

**Erwartungen des
Paritätischen Gesamtverbandes**

an den

**5. Armuts- und Reichtumsbericht der
Bundesregierung**

**26. Januar 2015
Berlin**

Armut und Wirtschaft in Deutschland: Erwartungen des Paritätischen Gesamtverbandes an den 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Die amtlichen Berichte haben insgesamt eine erhebliche Verbesserung der Datenlage und der Kontinuität der Forschung erbracht. Was wir nicht haben, ist ein erkennbarer Einfluss dieser Berichterstattung auf das politische Handeln. Das politische Handeln richtet sich nach wie vor zuerst an anderen Interessen aus. Bei den Planungen zu den Hartz IV-Gesetzen spielten armutspolitische Überlegungen eine untergeordnete Rolle, was sich an der ungenügenden Höhe des Regelsatzes ablesen lässt. Die vielfach bezeugte Armut in Deutschland teilt das Schicksal vieler Themen. Armut wird hingenommen wie das Waldsterben oder der Anstieg des Meeresspiegels. Was bleibt ist das grundsätzliche Problem der Armutsberichterstattung: Der politische Entscheidungsprozess verläuft nach eigenen Regeln, Politik wartet zuletzt auf die Fakten in Armutsberichten. Vielmehr besteht eher die Gefahr, dass Einzelergebnisse, die politisch ins Konzept „passen“, legitimatorisch herausgepickt werden.¹

Trotz aller Verfeinerungen der Untersuchungsmethoden und Forschungsansätze weist der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gravierende Defizite auf. Zum einen wird Armut nicht im Zusammenhang und als Folge des Wirtschaftens behandelt; zum anderen werden die regionalen Disparitäten ausgeklammert. Des Weiteren ist Deutschland keine armutspolitische Insel innerhalb der europäischen Union. Im Folgenden werden Anforderungen und Erwartungen an den zu erstellenden 5. Armuts- und Reichtumsberichte zusammen mit einigen Erläuterungen formuliert.²

1. Armut als Folge des Wirtschaftens

Armut und Reichtum können nicht unabhängig von der sozialen wirtschaftlichen Situation und Verfasstheit einer Volkswirtschaft gesehen werden. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung beschreibt durch seinen Aufbau und seine Berichtsschwerpunkte zu sehr Armut als personale Folgephänomene der eigentlichen Ursachen. Eine solche Perspektive verstellt den Blick auf die Ursachen der Armutsentwicklung in Deutschland. Wichtige Ursachen liegen im gegenwärtigen Wirtschaften, da – selbst in Phasen des Wachstums – Einkommensarmut nicht mehr absinkt.³

Das Risiko in Deutschland, unterhalb der Armutsschwelle zu geraten, ist seit den 90er Jahren deutlich gestiegen. Vor der Jahrtausendwende steigt die Einkommensarmut bei Ausgangswerten von 10 bis 11 Prozent stetig an, ab 2005 pendeln die Werte trotz insgesamt guter wirtschaftlicher Lage zwischen 14 und 15 Prozent. Der aktuelle Wert liegt bei 15,5 Prozent (Mikrozensus 2013). Daraus ergibt sich ein para-

¹ Martens, Rudolf (2010): Der Armutsbericht ist tot – es lebe die Armutsrechnung! Armut als Folge der Wirtschaftspolitik. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 2/2010, S. 63-67.

² Die Ausführungen stützen sich auf Martens, Rudolf (2013): Schriftliche Stellungnahme „Armut in Deutschland: Eine paradoxe Situation“ zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 3. Juni 2013, Ausschussdrucksache 17(11)1170.

³ Vgl. den Sozialbericht NRW 2012, S. 16-24 zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Arbeitsmarkt.

doxes Bild: Die Armutsgefährdungsquote befindet sich auf einem Rekordhoch seit der Vereinigung: Mit 12,6 Millionen Menschen sind so viele Menschen betroffen wie nie zuvor. Und zwar trotz gutem Wirtschaftswachstums und sinkender Arbeitslosenzahlen.

Der Gestaltwandel des Arbeitsmarktes hin zu atypischer Beschäftigung und Niedrigeinkommen erhöht die Anzahl einkommensarmer Erwerbstätiger. Ohne eine Ursachenanalyse der Armutsentwicklung auf der Ebene des Sozial- und Wirtschaftssystems ist aber eine wirksame Armutsbekämpfung nicht möglich. Armut und soziale Ausgrenzung haben auch wirtschaftliche Folgen: Dauerhaft hohe Armutsquoten destabilisieren eine Gesellschaft und verursachen vielfältige Kosten im Wirtschafts- und Sozialbereich sowie auf der personalen Ebene.

Nach Daten des Statistischen Bundesamtes für 2013 verdienen 3,05 Millionen Erwerbstätige so wenig, dass sie unter die Armutsschwelle rutschen. 2008 waren dies 2,48 Mio. Erwerbstätige, d. h. die Anzahl ist zwischen 2008 und 2013 um ca. ein Viertel angestiegen. Jeder achte einkommensarme Erwerbstätige hatte Mietschulden oder konnte Rechnungen für Versorgungsleistungen nicht rechtzeitig bezahlen; nur die Hälfte war in der Lage, jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen (Tabelle 1).⁴

Tabelle 1: Materielle Entbehrung der armutsgefährdeten Erwerbstätigen in Deutschland 2013. Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung EU-SILC 2013.

Kriterium der erheblichen materiellen Entbehrung	Anteil der Bevölkerung, der sich aus finanziellen Gründen nicht leisten kann ...	
	hochgerechnete Personen ab 18 Jahren	
	Anzahl (1.000)	Anteil (%)
Rechtzeitiges Bezahlen der Miete oder der Rechnungen für Versorgungsleistungen	379	12,4
Angemessenes Heizen der Wohnung	417	13,7
Unerwartete Ausgaben in bestimmter Höhe aus eigenen Finanzmitteln bestreiten	2.003	65,7
Jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit einnehmen	538	17,7
Jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause verbringen	1 486	48,7
Kein Pkw vorhanden	575	18,9
Einkommensarme Erwerbstätige insgesamt	3.047	100,0

Die Beschreibung dieses Armutsparadoxons – trotz Wirtschaftswachstums fortdauernde Einkommensarmut – zeigt, dass mit den klassischen Mitteln der Sozialpolitik Armut in Deutschland gemildert aber nicht bekämpft werden kann. Ein Abbau der Armut ist nur möglich, wenn sich die bisherigen Verteilungsverhältnisse zwischen Erwerbseinkommen und Kapitaleinkommen umkehren zugunsten der abhängig Beschäftigten. Dazu gehört, den Niedriglohnsektor durch Mindestlöhne zurückzudrängen.

⁴ Mitteilung des Statistischen Bundesamtes nach Anfrage vom 26. Januar 2015. Es handelt sich um eine Sonderauswertung von EU-SILC 2013.

gen. Des Weiteren dürfen die Nettoreallöhne nicht mehr stagnieren, vielmehr müssten sie entsprechend der Produktivität und der Preisentwicklung steigen. Beide Maßnahmen führen aber nur zu einem Stopp der bisherigen Armutsentwicklung. Es bedarf deshalb weitergehender Schritte, um mit den Mitteln der Steuer- und Finanzpolitik dazu beizutragen, ein weiteres Auseinanderklaffen sozialer Unterschiede zu verändern und zur sozialen Kohäsion beizutragen. Eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen, Vermögen und von Erbschaften darf kein Tabu sein. Ein Armuts- und Reichtumsbericht muss deshalb, will er seinem Namen gerecht werden, dazu beitragen, auch methodisch Beiträge zu einer neuen Verteilungspolitik zu liefern.

2. Kosten von Armut und sozialer Ausgrenzung⁵

Ein anschauliches Maß für das ökonomische und soziale Destabilisierungsrisiko ist die Armutsquote in Deutschland wie auch in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Die Armutsquoten zeigen letztlich an, ob und inwieweit in den vorausgegangenen Jahren die Wertschöpfungen in den unterschiedlichen Ökonomien gleichmäßig oder ungleichmäßig verteilt wurden. Dabei ist eine tendenziell gleichmäßige Verteilung der Wertschöpfung eine wesentliche Voraussetzung für das Wachstum bzw. Binnenwachstum einer Volkswirtschaft.⁶ Notwendig wäre es, Erscheinungsformen von Armut und sozialer Ausgrenzung im Kontext der gegenwärtigen Form des Wirtschaftens bzw. des Wirtschaftsmodells Deutschland darzustellen und als Satellitenkonto innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aufzuführen.

Sollen Armut und soziale Ausgrenzung als Kosten bestimmt werden, müssen alle Formen relativer Armut im Sozialstaat berücksichtigt werden. Dies umfasst neben dem Einkommen auch noch die Bereiche Arbeit, Wohnen, Bildung und Ausbildung, soziale Integration und Gesundheit. Solche Kosten lassen sich keineswegs immer beziffern, geeignete statistische Unterlagen und Untersuchungen sind nicht in allen Bereichen vorhanden. Die folgenden Überlegungen können daher nicht vollständig sein, sie sollen vielmehr die Arbeitsfelder dafür abstecken, was künftig zu tun ist.

Grundsätzlich sind drei Formen von Kosten von Armut und sozialer Ausgrenzung zu unterscheiden: *Fiskalische und parafiskalische Kosten*: Belastung der öffentlichen Haushalte in Form von direkten Transferausgaben und durch verringerte Einnahmen bei Steuern und Sozialabgaben. Betroffen sind alle drei staatlichen Ebenen Bund, Länder und Gemeinden sowie alle Sozialversicherungszweige. *Gesamtökonomische Kosten*: Sogenannte Opportunitätskosten entstehen, da – aus einer streng volkswirtschaftlichen Sichtweise betrachtet – die wirtschaftlichen Potenziale von armen bzw. sozial ausgegrenzten Menschen nicht genutzt werden. Wachstums- und Konsumverluste entstehen, die wiederum Steuern- und Sozialabgaben negativ beeinflussen und damit auf die öffentlichen Haushalte wirken. Allerdings stabilisieren die zur Armutsbekämpfung notwendigen Transferausgaben wiederum das Wirtschaftsgeschehen. *Individuelle und soziale Kosten*: Neben den unmittelbaren persönlichen Einkommensverlusten ergeben sich noch weitere Kosten. Diese Kosten entstehen z. B. durch Verlust beruflicher Kompetenzen, Verlust von sozialem Ansehen, Verlust von

⁵ Martens, Rudolf (2013): Schriftliche Stellungnahme „Armut in Deutschland: Eine paradoxe Situation“ zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 3. Juni 2013, Ausschussdrucksache 17(11)1170.

⁶ Wagner, Gerd G. und Brenke, Karl: Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum. In: Wirtschaftsdienst, 2/2013, S. 1-12.

Autonomie in den eigenen Angelegenheiten, psycho-soziale Belastungen und sozial bedingte Krankheiten. Hierzu gehört aber auch Verlust an sozialer Gerechtigkeit und Destabilisierung des Systems der sozialen Sicherung und schließlich Verlust an gesellschaftlichem Engagement und Akzeptanz.

Eine nachdrückliche Einbringung der Armutsmessung bzw. der Armut als Satellitenkonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den Datenkranz der Wirtschaftsbegutachtung machte diese erst wirklich zu einer *Gesamt*-Wirtschaftsbegutachtung. Bei dieser Betrachtung werden die sozialen und finanziellen Folgen sichtbar, die aus politischen Entscheidungen und rechtlichen Normierungen folgen. Erst so können die sozialen Kosten des Wirtschaftens einschließlich der langfristigen menschlichen Potenzialvernutzung bilanziert werden. Einen Anhaltspunkt für die Kosten der öffentlichen Haushalte und die wirtschaftlichen Kosten von Armut geben uns die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung seit den 80er Jahre berechnet. Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein individuell zuschreibbares Problem – auf das sich gerne bestimmte sozialpolitische Haltungen in einseitiger Weise beziehen – sondern in erster Linie ein gesamtwirtschaftliches Problem. Die fiskalischen Kosten betragen 2012 gerundet 54 Mrd. Euro.⁷

3. Regionale Verteilung von Armutslagen

Das geschilderte deutsche Armutsparadoxon hat auch eine wichtige regionalwirtschaftliche Bedeutung. Durch die unterschiedliche Verteilung – insbesondere der wachstumsstarken Exportbranchen, Unternehmen und Betriebsstätten – ergeben sich einzelne prosperierende Regionen, die für wachsende Erwerbseinkommen mindestens bei einem Teil der Erwerbstätigen sorgen. Dagegen in den eher binnenwirtschaftlich ausgerichteten Regionen: Sie bleiben im Wesentlichen auf den Wachstumsverlusten durch Lohnzurückhaltung sitzen. Anders ausgedrückt, diese Regionen „bezahlen“ für den Exporterfolg, der in den anderen Regionen stattfindet.⁸ Im Jahre 2009 hat der Paritätische den ersten Armutsatlas für Regionen in Deutschland veröffentlicht: Nicht nur die Menschen sind mehr denn je in Arm und Reich gespalten, zudem zeigt sich Deutschland als regional zutiefst gespaltenes Land.⁹

Schon in der deutschen Armutsdiskussion hat sich gezeigt, dass eine regionale und kartographische Darstellung der unterschiedlichen Verarmungsgrade in Deutschland nach zwei Seiten erkenntnisfördernd ist: Die Armutsdiskussion wurde gezwungen, über die individuell-personalen Aspekte hinaus, die gesamt- und regionalwirtschaftlichen Entwicklungen in den Blick zu nehmen.¹⁰ Fast alle staatlichen Maßnahmen - wie beispielsweise das 2010 beschlossene Kürzungspaket („Haushaltsbegleitgesetz“) - haben regionale Wirkungen. Eine Kartographie dieses Kürzungspakets in

⁷ Vgl. Bach, Hans-Uwe und Spitznagel, Eugen (2012): Kosten der Arbeitslosigkeit. Druck auf öffentliche Budgets lässt nach. In: IAB-Kurzbericht, 8/2012; Hausner, Karl Heinz et al. (2014): Kosten der Arbeitslosigkeit nochmals gesunken. In: IAB-Kurzbericht, 2/2014.

⁸ Vgl. Martens, Rudolf (2011), Ausschuss-Drucksache 17(11)725, S. 37 ff.

⁹ Martens, Rudolf (2009): Unter unseren Verhältnissen ... Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland. Paritätischer Gesamtverband, Berlin.

¹⁰ Martens, Rudolf (2009): Existenzminimum: Wachstumsfaktor und Wagnisversicherung. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 58, Heft 1; Martens, Rudolf (2012): Einkommensverhältnisse und Armut von Familien – eine Skizze. In: Gerechtigkeit im Sozialstaat. Analysen und Vorschläge, Ulrike Haerendel (Hg.), Nomos-Verlag, Baden-Baden, S. 193-208.

Verbindung mit regionalen Armutsquoten legen die regional zugespitzten Brennpunkte dieser Austeritätspolitik offen.¹¹

4. Armutsbekämpfung als regionale Wirtschaftsförderung

Das bestehende Existenzminimum ist als „Hartz IV“ zu einem Synonym für ein Leben in Armut verkommen. Die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz ist aber nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 ein grundlegendes Verfassungsrecht, bei dem es nicht um politische Opportunität und Kassenlage gehen kann.¹² Vorbehaltlich einer weiteren gesellschaftlichen Diskussion heißt das: Der aktuelle Regelsatz – bezogen auf 2015 – von 391 Euro für Erwachsene muss mehr als deutlich über 400 Euro angehoben werden. Der Paritätische hält einen Regelsatz von 485 für bedarfsdeckend.¹³ Nur so kann das Existenzminimum (Regelsatz plus Wohnkosten gleich Existenzminimum) im Sinne einer Soforthilfe bzw. eine Milderung der bisher angerichteten sozialpolitischen Schäden bei Langzeitarbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und Niedrigrente wirken.

In der sozialpolitischen Diskussion werden die Ausgaben für Hartz IV-Leistungen der Bundesagentur für Arbeit stets unter dem Aspekt der „Kosten“ diskutiert. Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist dies jedoch nicht richtig: Die Kosten des einen – überwiegend Steuermittel des Bundes – sind die Einnahmen der anderen – Familien, die von Hartz IV leben müssen. Und diese Familien, die von Hartz IV-Leistungen leben müssen, geben dieses Geld fast vollständig wieder aus. So für Wohnkosten, Nahrungsmittel und die Bedürfnisse der täglichen Hauswirtschaft. Anhand der Statistiken des Sozio-ökonomischen Panels des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung weiß man schon seit langem, dass sich im unteren Einkommensbereich keine Vermögen befinden, eher Schulden und dass nur ganz wenig monatlich angespart werden kann, etwa in der Größenordnung von durchschnittlich weniger als 20 Euro im Monat.¹⁴

Allein aus dem Umfang der Bevölkerung, die auf Hartz IV-Leistungen angewiesen ist, ergeben sich deutliche volkswirtschaftliche Wirkungen, wenn der Regelsatz angehoben wird oder wenn sich der Empfängerkreis aufgrund der wirtschaftlichen Situation ausweitet. Mit anderen Worten, durch den Mechanismus – die Familien, die von Hartz IV leben müssen, geben ihr Geld unmittelbar aus – fließt gesamtwirtschaftlich gesehen ein stetiger Geldstrom aus den Steuermitteln des Bundes via Bundesagentur für Arbeit bzw. Jobcenter in die Regionen hinein, in denen die Hartz IV-Bezieher leben. Auch wenn nur die Bundesanteile berücksichtigt werden, die über die Jobcenter direkt in die Regionen bzw. Kreise fließen, so erreichen in struktur-

¹¹ Martens, Rudolf (2010): Unter unseren Verhältnissen II ... Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011-2014.- Paritätische Forschungsstelle, Berlin.

¹² Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum (2012): Ein menschenwürdiges Leben für alle – das Existenzminimum muss dringend angehoben werden.

¹³ Martens, Rudolf (2014): Expertise zur Fortschreibung der Regelsätze zum 1. Januar 2015. Tabellen zur Aufteilung der Verbrauchspositionen von Regelsätzen (Regelbedarfsstufen) 2008 bis 2015. Paritätische Forschungsstelle, Berlin.

¹⁴ Brenke, Karl (2011): Einkommensumverteilung schwächt privaten Verbrauch. In: Wochenbericht des DIW, Heft 8/2011.

schwachen Kreisen Ostdeutschlands die Anteile der Hartz IV-Leistungen am regionalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) Werte von 3 bis mehr als 4 Prozent.¹⁵

Hartz IV war niemals als Regionalförderung gedacht – dennoch wirkt es wegen der anhaltenden Langzeitarbeitslosigkeit wie eine Regionalförderung. In Ostdeutschland bewegt sich die Regionalförderung des Bundes in einer ähnlichen Größenordnung wie die aus Bundesmitteln zufließenden Hartz IV-Leistungen.¹⁶ Anders ausgedrückt: Wenn der Bund die Hartz IV-Leistungen nicht bedarfsdeckend gestaltet oder die Leistungen kürzt, ergeben sich fühlbare Kaufkraftverluste für die regionale Wirtschaft. Wegen der größeren regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Hartz IV-Leistungen in Ostdeutschland wirkt sich dort jede Hartz IV-Kürzung besonders negativ aus. Dies lässt sich am Haushaltsbegleitgesetz aus dem Jahre 2010 beispielhaft zeigen. Dort summieren sich die Leistungskürzungen, die im Wesentlichen den Hartz IV-Bereich betreffen, auf jährlich 3,6 Mrd. Euro. Entsprechend wird in Ostdeutschland am stärksten gekürzt, weil dort relativ zu Westdeutschland viel mehr Hartz IV-Bezieher leben. Wirtschaftlich geschädigt werden damit gerade die Regionen, die wirtschaftlich gefördert werden müssten. Aber auch in Westdeutschland wird dies in einzelnen Regionen spürbar, besonders im Ruhrgebiet und in den ländlichen Regionen Niedersachsens.

Aus einem anderen Blickwinkel entfaltet das Hartz IV-Existenzminimum die Wirkung einer zielgenauen Regionalförderung – mit drei sehr vorteilhafte Eigenschaften: (1) Da die Haushalte mit Bezug von Hartz IV-Leistungen eine Sparquote in der Nähe von Null aufweisen, fließen die öffentlichen Mittel fast gänzlich in den Konsum – und (2) dies ohne zeitliche Verzögerung. Die Leistungen sind (3) raumwirtschaftlich gesehen äußerst zielgenau, denn in Regionen mit einem großen Bestand an Langzeitarbeitslosen fließen entsprechend mehr Mittel als in Durchschnittsregionen. Mit anderen Worten: In die Regionen, die es strukturpolitisch und sozialpolitisch am meisten benötigen, bekommen auch die meisten Mittel.

5. Europäische Armutsgeographie: Sparpolitik und Fiskalpakt zerrütten die Europäische Union

Deutschland ist keine Insel innerhalb der Europäischen Union und innerhalb des Euro-Raumes. Durch die vielfältigen wirtschaftlichen Verflechtungen der europäischen Volkswirtschaften ist ein ausschließlicher Blick auf die deutsche Situation unvollständig. Es wäre wünschenswert, dass eine europaregionale und kartographische Darstellung der Armutsquoten eine vergleichbare politische Wirkung für einen europäischen Sozialdialog entfaltet.

Das ursprüngliche Ziel der Europäischen Einigung und der Europäischen Union war die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und des sozialen Ausgleichs in den leistungsschwächeren Mitgliedsstaaten. Dieses Ziel scheint derzeit ferner denn je zu sein. Seit Ende der 2000er Jahre hat sich die Finanz- und Wirtschaftskrise auf die

¹⁵ Martens, Rudolf (2013): Schriftliche Stellungnahme „Armut in Deutschland: Eine paradoxe Situation“ zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 3. Juni 2013, Ausschussdrucksache 17(11)1170

¹⁶ Martens, R. (2010): Unter unseren Verhältnissen II ... Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011-2014. Paritätische Forschungsstelle im Paritätischen Gesamtverband, Internetpublikation, Berlin.

Staatshaushalte und vor allem auf die Wirtschaft der Euro-Länder ausgeweitet. Sowohl aus den Wirtschaftswissenschaften heraus wie auch aus internationalen Wirtschaftsorganisationen – wie IWF, OECD, ILO, G20 – mehren sich warnende Stimmen vor der von der Bundesregierung verordneten „überzogen harten Sparpolitik“ (Gustav Horn)¹⁷. Diese wirke sich gegenüber den Krisenländern sehr nachteilig aus. Eine ganze Reihe von EU-Mitgliedsstaaten und insbesondere der Euro-Raum würden geradezu in die Rezession hineingespant. Dies zeigt inzwischen auch Rückwirkungen auf Deutschland, dessen exportabhängige Wirtschaft dies spürt.¹⁸

Nicht nur die wirtschaftliche Krise sondern auch die politischen Ereignisse zeigen, dass die durch den Fiskalpakt noch verschärfte sogenannte Sparpolitik den politischen Zusammenhalt zwischen den EU- und Euro-Mitgliedern und den sozialen Zusammenhalt in den jeweiligen Gesellschaften zerrüttet. Neben zahlreichen Regierungswechseln wie Dauerprotesten ist das Anwachsen separatistischer Bewegungen in Belgien, Großbritannien, Norditalien und Spanien ein deutliches Symptom der sozialen und politischen Krise.

Sparprogramme als Kürzungen der Einkommen und Sozialeinkommen treiben die Armutsquoten hoch und verringern die Inlandskaufkraft der jeweiligen EU-Länder. Auch die als angebliches Mittel zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gepriesenen Strukturreformen erhöhen die Ungleichverteilung der Wertschöpfung und damit der Einkommen. Dies ist ablesbar an steigenden bzw. permanent hohen Armutsquoten.

Die Armutsentwicklung in Deutschland darf in Europa nicht isoliert betrachtet werden. In der Europäischen Union gibt es zahlreiche gemeinsame soziale Herausforderungen. Und es bedarf nach Möglichkeit gemeinsamer Strategien und Instrumente, um Antworten auf drängende soziale Fragen zu finden. Eine gemeinsame Steuer auf Finanztransaktionen ist ein erster Schritt hin zu einem koordinierten Vorgehen in Europa. Eine wichtige Voraussetzung zur Stabilisierung der Europäischen Union ist eine Stärkung der Einkommenssituation einkommensarmer und geringverdienender Menschen, die Herstellung eines möglichst hohen Sicherungsniveaus und eine Stärkung der Sozialschutzsysteme. Entsprechend umgesetzte sozialpolitische Forderungen entfalten neben der Bekämpfung der Armut auch wichtige ökonomische Impulse.

Dr. Rudolf Martens
Berlin, 26. Januar 2015

¹⁷ Gustav Horn, Zitat: Die Welt vom 18.10.2012, „IMK-Studie: Harter Sparkurs in Krisenländern belastet Euroraum. Institut plädiert für Ende der Austeritätspolitik - Schuldentilgungsfonds befürwortet.“

¹⁸ Wagner, Gerd G. und Brenke, Karl (2013): Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum. In: Wirtschaftsdienst, H. 2/2013, führen aus: „Während in Deutschland seit Beginn der vergangenen Dekade der Lohnanstieg deutlich hinter dem Anstieg der Wirtschaftsleistung zurückgeblieben ist, konnten die Vermögenseinkommen und die Selbständigeneinkünfte zulegen – mit der Folge einer wachsenden Ungleichverteilung der Einkommen. Das damit verbundene Spar- und Ausgabeverhalten bremst den privaten Konsum. Insofern wären stärkere Lohnsteigerungen sinnvoll, die zudem auch den europäischen Konsolidierungsprozess voranbringen würden. Deutschland sollte nach Meinung der Autoren Abschied von dem stark auf den Export ausgerichteten Wachstumsmodell nehmen, das nicht nur die inländische Nachfrage hemmt, sondern auch in der Europäischen Währungsunion für erhebliche Spannungen sorgt.“